

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags
und Freitags. — Abonnementspreis
vierteljährlich 1 Mk., durch die Post
bezogen 1 Mk. 25 Pf. — Einzelne
Nummern 10 Pf.

Inserate
werden Montags und Donnerstags
bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Insertionspreis
10 Pf. pro dreigespaltene
Corpuszeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

No. 92.

Dienstag, den 17. November

1891.

Bekanntmachung, die Invaliditäts- und Altersversicherung betreffend.

Nachdem das königliche Ministerium des Innern in Verfolg eines von dem Landesversicherungsamte befürworteten Antrages der Versicherungsanstalt für die Invaliditäts- und Altersversicherung beschlossen hat, unter demgemäß Abänderung der in der General-Verordnung vom 5. September 1890 in Abschnitt I. No. 2 getroffenen Bestimmung von jetzt ab bis auf Weiteres mit Ausantwortung des Bedarfes an **Quittungskarten** für die bezeichnete Versicherung an die zu Ausstellung dieser Karten zuständigen Stellen die untere Verwaltungsbehörde zu beauftragen, wird Solches den mit der Ausstellung der Quittungskarten betrauten Krankenkassenverwaltungen, Gemeindevorständen und Gutsvorstehern des hiesigen Verwaltungsbezirkes mit dem Veranlassen hierdurch bekannt gemacht, ihren Bedarf an Quittungskarten von jetzt an, und zwar so zeitig schriftlich oder mündlich **hier** anzuzeigen, daß die Zufendung oder Entnahme derselben **gelegentlich** erfolgen kann.

Meissen, am 10. November 1891.

Königliche Amtshauptmannschaft.
v. Kirchbach.

Bekanntmachung, die Invaliditäts- und Altersversicherung betreffend.

Der Vorstand der Versicherungsanstalt für das Königreich Sachsen hat beschlossen, die Versorgung der Rentenempfänger mit den zur Erhebung der Altersrente notwendigen **Quittungsformularen**, welche zeitlich denselben gleichzeitig mit dem Anerkennungsscheide und Berechnungsausweise in derjenigen Stückzahl, welche für das Jahr der Rentenbewilligung gebraucht wird, zugestellt worden sind, künftig durch Vermittelung der Ortsbehörden (Bürgermeister, Gemeindevorstände und Gutsvorsteher) in der Weise zu bewirken, daß den obgedachten Behörden kurz vor Schluß eines jeden Jahres nach der Zahl der in ihrem Bezirke wohnhaften Rentenempfänger mit entsprechendem Zuschlage der voraussichtliche Bedarf an Quittungsformularen für das nächstfolgende Jahr zugestellt wird.

Die Gemeindebehörden und Gutsvorsteher des hiesigen Verwaltungsbezirkes werden von dieser Verteilungsart, welche übrigens nicht nur im Interesse der Rentenempfänger liegt, sondern auch namentlich den Gemeindebehörden mit Rücksicht auf die Bestimmungen in § 35 des Reichsgesetzes vom 22. Juni 1889 wünschenswert sein muß, um fortlaufend Kenntnis zu haben, von welchen Einwohnern ihres Bezirkes und in welcher Höhe Renten bezogen werden, mit dem Veranlassen in Kenntnis gesetzt, die Formulare an die betreffenden, entsprechend zu benachrichtigenden Rentenempfänger nicht auf das ganze Jahr, sondern in kürzeren, nach Befinden monatlichen Zwischenräumen auszuhändigen bez. zur Verwendung zu bringen, wenn bei ihnen die behördliche Beglaubigung der Unterschrift und Bestätigung des Lebens von den Rentenempfängern zu Anfang eines jeden Monats beantragt wird.

Ein etwa eintretender weiterer Bedarf an solchen Quittungsformularen würde von hier aus gedeckt werden können.

Meissen, am 11. November 1891.

Königliche Amtshauptmannschaft.
v. Kirchbach.

Erledigt hat sich die in Herzogswalde auf den 19. ds. Mts. 1 Uhr Nachmittags anberaumte Auktion.
Wilsdruff, den 13. November 1891.

Busch, Ger. - Vollz.

Donnerstag, den 19. ds. Mts., Nachm. 6 Uhr,
öffentliche Stadtgemeinderathssitzung.

Wilsdruff, am 16. November 1891.

Der Stadtgemeinderath.
Ficker, Brgmstr.

Tagesgeschichte.

Höherer Anordnung zufolge sind die Landräthe in Preußen augenblicklich damit beschäftigt, Erhebungen über alle Arbeitseinstellungen zu machen, welche seit dem 1. April d. J. stattgefunden haben und bei denen mindestens zehn gewerbliche Arbeiter betheilt waren. Zweck dieser Maßnahme ist, ein Bild der Arbeitseinstellungen in der Industrie und im Handwerk zu gewinnen und insbesondere zu erfahren, in wie weit minderjährige Arbeiter dabei betheilt gewesen sind und welchen Einfluß dabei die Sozialdemokratie ausgeübt hat. In Zukunft soll von den Landräthen vom Ausbruch und Ende jeder größeren Arbeitseinstellung, sowie von wichtigeren Vorfällen während ihres Verlaufes umgehend Bericht erstattet, ferner fortan halbjährlich eine Uebersicht aller gewerblichen Arbeitseinstellungen eingereicht werden.

Andeutungen, welche wir schon vor einigen Wochen in Betreff der beabsichtigten Einschränkung des Hausierhandels machten, finden jetzt in ihrem vollen Umfange Bestätigung. Es wird geplant, eine Reihe von Handelsartikeln, und zwar nicht nur Luxusartikel, sondern auch Tuche, wollene und baumwollene Stoffe, Leinen und Bettzeuge u. s. w., vom Gewerbebetrieb im Umberziehen auszuschließen. Es soll weiter das Anerbieten gewisser gewerblicher Leistungen, wie Korbflechten, Scherenschleifen, weil mit ihnen leicht Betheile verbunden werden kann, untersagt und endlich die Bestimmungen verschärft werden, welche in der Gewerbeordnung an die Person des Hausirers geknüpft sind. Da zunächst erst noch Gutachten eingeholt werden, so ist nicht anzunehmen, daß der Reichstag noch im Laufe der gegenwärtigen Session mit der Angelegenheit befaßt werden wird.

Zum Bankerach schreibt die Kreuztg.: „Wir müssen unsere Leser davor warnen, den Verschuldungsartikeln der Börsenpresse zu trauen. Wir empfehlen vielmehr, unter allen Umständen sich von dem Vorhandensein der den Bankiers anvertrauten Depots zu überzeugen, die Stücke an sich zu nehmen, und nur die Coupons im Depot zu lassen. Keim Bankier wird das übel nehmen, da alle genau wissen, wie berechnigt augenblicklich die äußerste Vorsicht ist!“

Von den seit mehreren Tagen schon an der Berliner Börse kursierenden Gerüchten über weitere Bankbrüche ist wieder einer zur Wahrheit geworden, und zwar ist, wie bereits gemeldet, der Charlottenburger Bankier Ed. Raß nach Unterschlagnung bedeutender Depots zahlungsunfähig geworden. Dieser Fall giebt der Erörterung der Börsenfrage seitens der öffentlichen Meinung neue Anregung. Die Berliner Bank-

trache haben auch den letzten unabhängigen Verteidigern der Börsenfreiheit und den Indifferenten die Augen geöffnet. Von allen Seiten werden Vorschläge laut; während einerseits und zwar von der bedeutenden Mehrheit der unabhängigen Presseorgane die Staatsaufsicht über die Börse gewünscht wird, schlagen andere eine schärfere Börsensteuer vor; noch andere aber und unter diesen vorzugsweise die mit der Börse mehr oder weniger eng liierten Blätter sind der Ansicht, daß gesetzliche Maßnahmen gegen Börse und Banken gar nichts helfen würden; das Publikum müsse sich selber helfen. Wir sind der Ansicht, daß Selbsthilfe des Publikums allein ganz unmöglich Wandel schaffen könnte, und schon aus diesem Grunde halten wir gesetzgeberische Eingriffe für unbedingt geboten.

Die hochpolitischen Kundgebungen, welche die letzten Tage in Gestalt der Ministerreden von Mailand und London gezeitigt haben, sind durch die Rede des Kaisers Franz Joseph von Oesterreich beim Empfange der Delegationen am Mittwoch in bedeutsamer Weise ergänzt worden. Auch die Rede des österreichischen Monarchen, die er in Verantwortung der patriotischen Ansprachen der beiden Delegationspräsidenten hielt, enthält gleich den Kundgebungen der Minister Marquis Rudini und Verb Solisburo Friedensklänge, aber dieselben sind unverkennbar in eine reservierte Form eingekleidet. Denn der Kaiser wies unmittelbar, nachdem er die auf allen Seiten vorwaltenden friedlichen Bestrebungen hervorgehoben hatte, darauf hin, daß dieselben doch nicht vermocht hätten, die Gefahren der politischen Lage Europas zu beseitigen und die allgemeinen militärischen Rüstungen zum Stillstande zu bringen. Am Schluß gab indessen der Monarch der Erwartung Ausdruck, daß es doch noch gelingen werde, den europäischen Frieden zu erhalten und hiermit einem allgemeinen Bedürfnisse zu entsprechen. Bemerkenswerth ist noch, daß der Kaiser bei dem sich an den Empfang der Delegationen anschließenden Gerede dem Abgeordneten Demel, welcher auf die hoffnungsvollen Friedensversicherungen in der kaiserlichen Rede hingewiesen hatte, erwiderte, dieselben müßten mit größter Vorsicht aufgenommen werden, da sie zunächst auf Erwartungen beruhten, deren Wirklichkeit im höchsten Grade wünschenswert sei. Den altösterreichischen Delegirten Pollak und Dostal gegenüber betonte der Kaiser entschieden die Nothwendigkeit der Durchführung der Verschönerungsidee in Böhmen, hierbei auf das Ubrauzengelinge der jugendlichen Opposition hinzuweisen. Zum liberalen Delegirten Raß endlich, welcher mit auf der interparlamentarischen Konferenz in Rom zugegen gewesen war, bemerkte der Monarch,

auf solchem Wege lasse sich die Sicherung des Friedens nicht erreichen.

Am politischen Himmel Frankreichs witterleuchtet es, als Vorboten des herrannahenden Sturmes gegen das Ministerium Freycinet-Constans. Ein sicheres Anzeichen dafür, daß dasselbe längst nicht mehr auf festem parlamentarischen Boden steht, bedeutet der Vorgang in der Dienstagssitzung der Deputirtenkammer, indem letztere dem Finanzminister Rouvier mit nur 32 Stimmen Mehrheit das verlangte Vertrauensvotum bewilligte. Außerdem gehen Gerüchte über ernste Differenzen zwischen dem kabinetschef Freycinet und Constans, dem Minister des Innern, um. Ersterer soll eine Verhändigung der Regierung mit den Radikalen wünschen, letzterer aber will, daß die Regierung gegen Radikale, Konservative und Boulangeristen energisch Front mache. Es liegt auf der Hand, daß das Cabinet Freycinet mit einem solchen inneren Zwiespalt seinen Gegnern nur in die Hände arbeiten würde.

Der „Bosnischen Zeitung“ meldet man London: Nach einer Drahtmeldung aus Moskau wurde dort eine weiterverweigte politische Verschwörung entdeckt. Borige Woche wurden etwa 60 Personen, darunter Adelige und Schriftsteller, sowie Leute aus dem besseren Mittelstande verhaftet. Dieselben sind der Betheiligung an einer geheimen Verbindung beschuldigt, welche die Gründung einer politischen Partei bezweckte, um für die Herstellung einer alle Klassen der Gesellschaft vertretenden Territorialversammlung, wie solche unter der Herrschaft des ersten Jaren bestand und „Zewski Sabor“ genannt wurde, zu agitieren.

Die Noth in Rußland. Die Holzflöhe, welche neuerdings in Westpreußen von Rußland eingetroffen sind, geben graufige Schilderungen der wachsenden Noth, die sich immer mehr nach Westen verschiebt. Zu Tausenden wandern die Leute aus, so daß auch im Westgebiete die Borräthe schnell aufgezehrt werden. Alle reichen Leute verlassen die Nothstandsgebiete; mit den Trümmern ihrer Habe suchen auch kleinere Leute im Westgebiete sich eine neue Existenz zu schaffen. Von den bewilligten Mitteln ist bisher wenig an die Nothleidenden vertheilt worden. Mit dem Umsichgreifen der Hungernoth treten auch die Folgeerscheinungen, besonders der Typhus, in immer bedenklicherer Weise hervor. Die Unmöglichkeit, die Zustände zu vertuschen, muß offenkundig sein, da den russischen Blättern gestattet wird, wahrhaft erschreckende Berichte zu veröffentlichen. So bringen die „Nowosti“ ein Telegramm des Arztes Dr. B. Michnowitsch aus Kasan, in welchem derselbe